

Klares Nein zu Monstertrucks

SALZBURG – Salzburg müsse sich gegen die von der EU geplante Zulassung sogenannter Gigaliner zur Wehr setzen. Das verlangte gestern ÖVP-Verkehrssprecher LAbg. Josef Schöchel. Neben der zusätzlichen Umwelt- und Lärmbelastung sei das heimische Straßennetz für diese bis zu 25,5 Meter langen und 60 Tonnen schweren „Monstertrucks“ nicht geeignet, argumentierte Schöchel. Eine Genehmigung auf EU-Ebene brächte somit milliardenteure Umbaukosten für Salzburger Brücken, Tunneln und Straßen mit sich. „Diese ‚Monstertrucks‘ dürfen nicht kommen“, so Schöchel.



„Noch sind wir im Tunnel“: Die hessische Staatssekretärin Nicola Beer mit EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen, IRE-Präsident Franz Schausberger und IHS-Direktor Bernhard Felderer (von links) bei der 5. Konferenz Europäischer Städte und Regionen im Salzburg Congress. Foto: Neumayr

Die „Krise“ kostet Länder und Gemeinden Milliarden

SALZBURG – Die massiven Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Länder und Gemeinden stehen im Mittelpunkt der heute in Salzburg zu Ende gehenden Konferenz der Städte und Regionen Europas. Die Einnahmefälle sind tatsächlich enorm. In Österreich verlieren die Länder heuer 902 Millionen Euro, die Gemeinden 425 Millionen. Im kommenden Jahr werden den Ländern 1,7 Milliarden und den Gemeinden eine Milliarde fehlen, das könne durch noch so große Einsparungen nicht aufgefangen werden, meint der Vorsitzende des Instituts der Regionen Europas, Salzburgs früherer Landeshauptmann Franz Schausberger. Länder und Gemeinden werden sich also über die Maastricht-Grenzen hinaus verschulden müssen. Es bleibe aber die Hoffnung, dass sich die Lage ab 2011 bessern werde, so Schausberger.

Die Europäische Investmentbank wolle mit einer Erhöhung der Darlehen um 50 Prozent zu diesem Optimismus beitragen, sagt EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen. Damit werde die

Krise weniger tief und kürzer ausfallen. In Österreich stehen heuer rund 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen Länder, Gemeinden und mittelständische Unternehmen profitieren sollen.

Aufschwung in Sicht

Optimismus verbreitete gestern in Salzburg auch IHS-Chef Bernhard Felderer. Die Realwirtschaft sei über das Schlimmste hinweg, vor allem die Industrie melde wachsende Aufträge. Deutschland habe schon positive Wirtschaftsdaten, Polen habe gar keine Krise. Weniger zuversichtlich ist der Wirtschaftsforscher bei der Beurteilung des Bankensektors: Die notwendigen Restrukturierungen seien noch ausständig. Die europäischen Banken hätten zu wenig Eigenkapital.

Lob gab es von Felderer für die von Deutschland beschlossene „Schuldenbremse“. Diese in der Verfassung verankerte Selbstbindung, die Verschuldung zu begrenzen, sollte man auch in Österreich überlegen. Alle Staaten werden in den nächsten Jahren über Schuldenabbaupro-

gramme nachdenken müssen, ist Felderer überzeugt.

Man sehe zwar Licht am Ende des Tunnels, „aber wir sind noch im Tunnel“, meint die hessische Staatssekretärin Nicola Beer. Man müsse die Konjunktur unterstützen, aber mittelfristig auch wieder zu ausgeglichener Budgets zurückkommen. Einig sind sich Beer und Felderer in der Ansicht, Gebührenerhöhungen wären derzeit nicht sehr schlau. Schausberger rät (vor einer „Verwaltungsreform“) zur Aufgabenreform, zum Abbau unnötiger Aufgaben der Länder und Gemeinden, Beer kann sich eine kostensparende „Ausdünnung der Behördenstrukturen“ (etwa weniger Amtsgerichte) vorstellen.

Vor Insolvenzwelle

Die große Insolvenzwelle werde es in Österreich erst im kommenden Jahr geben, meint IRE-Vizepräsident Stefan Eder. Die Überschuldung der Unternehmen sei noch nicht beseitigt. Eine Eigenkapitalstärkung sei notwendig, erst dann könne man von einer Stabilisierung sprechen.

Eßl: Lieferboykott ist nicht die Lösung

SALZBURG – Er verstehe den Unmut der Bauern, der angesichts der schlechten Milchpreise wirklich berechtigt sei. Ein Lieferboykott werde aber auch diesmal nicht die Lösung des Problems bringen. Das sagte gestern Salzburgs Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Eßl zu den Protestaktionen der Milchbauern (siehe Seite 8). „Nachdem die Molkereien und Käseereien nur den Preis auszahlen können, den sie erwirtschaften, muss alles getan werden, um den Absatz heimischer Lebensmittel zu fördern“, unterstrich Eßl, der daran erinnerte, dass der Lieferboykott im vergangenen Jahr keine besseren Preise für die Bauern gebracht habe.

Für Lehrstellen in Zukunftsbranche

SALZBURG – Geförderte Lehrstellen im Bereich der erneuerbaren Energien wünscht sich der Grüne Landessprecher Cyriak Schwaighofer. Salzburg solle es der Steiermark gleich tun, wo das Land drei Millionen Euro ausgibt, um diese Zukunftsbranche für junge Leute zu öffnen.